

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **1 (1972)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.06.2024**

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

#### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# impuls

zürcher student

Auflage 30 000

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst - in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG, Werdstrasse 21, 8021 Zürich, Tel. 01/39 30 30

Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstr. 37, Postfach 890, 8022 Zürich, Tel. 01/23 83 83

Statt innovative Reformen bloss Reorganisation - Kritik am HFG, dem Ausbaubericht II des Wissenschaftsrates und Erörterung möglicher Lösungsformen  
Seiten 4 und 15

Armee und Aufklärung (2. Teil/Schluss) - Wer in dieser Gesellschaft kritischer Vernunft sich verpflichtet, wird unter Umständen straffällig.  
Seiten 7 und 8

Projektorientiertes Studium (2. Teil/Schluss) Seite 9

## Schwierigkeiten auf dem Weg zur Demokratisierung

Die Entwicklung der Schweizer Hochschulen wird je länger, je mehr auf nationaler Ebene (mit)bestimmt. Wer das erkannt hat, ist notwendigerweise am Gescheh des Dach-Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) engagiert; er ist Partei für zweckmässige Strukturen und rationale Argumentation im Verband. Von solcher Position aus ist es schwer, ruhig zu bleiben, wenn zweimal versucht wird, Einzelinteressen mit Drohungen durchzusetzen, die den Verband gefährden. Das sei dennoch mit diesem Bericht über die Generalversammlung des VSS vom 30. 6. 72 versucht.

Wichtigste Traktanden der Berner Generalversammlung (GV) waren Statutenreform und Vorstandswahlen.

1969 hatte die GV (die Vorstände der lokalen Studentenschaften) beschlossen, im Sinne einer wirkungsvolleren Teilnahme der Sektionen den Grossteil der Geschäfte einem Delegiertenrat (DR), bestehend aus je drei Delegierten der einzelnen Parlamente, zu übertragen. Die quantitative Komponente wurde mit Gewichtsstimmen entsprechend der Studentenzahl je Hochschule berücksichtigt. Gemäss Statuten endete das »DR-Provisorium« am 15. Juli. Am 30. 6. nun beschloss die GV einstimmig, diese sinnvolle Neuerung zunächst bis zum 15. 2. 73 beizubehalten, um dann eine endgültige Regelung zu treffen.

Umstritten war indes, ob schon heute eine Partialrevision vorgenommen werden sollte: Personalisierung der Gewichtsstimmen und (zum Schutz der kleineren Studentenschaften) ein Veto-Recht der Präsidentenkonferenz. Während die Studentenschaften Basel, Bern, ETH-Z, Uni ZH und Dolmetscherschule ZH eine solche vorgängige Reform als Beitrag zur Demokratisierung des Verbandes begrüssten, betonte St. Gallen, für solche Teilreform fehlten noch die Leitlinien, undemokratische Strukturen würden beibehalten.

So berechtigt zunächst die Ueberlegung ist, man solle alles im Rahmen

einer gründlich vorbereiteten Gesamtreform bereinigen, so widersprüchlich geriet schliesslich doch die St-Galler Argumentation im Einzelnen: Einerseits wurde die Repräsentativität des Verbandes beschworen, andererseits wünschte man eine überproportionale Vertretung der kleinen Studentenschaften und sah nicht, dass die Reform die Stellung dieser Sektionen schon stärkte (bisher: SG 9 Stimmen, Uni ZH 42, jetzt: SG 3, ZH 8). Einerseits wurde erklärt, das Studentenparlament SG habe keine Austrittsdrohung beschlossen, andererseits rief ein St-Galler schliesslich aus: »Wenn der Antrag (auf Verschiebung der Reform) nicht angenommen wird, tritt St. Gallen aus!«

Ungeachtet der St-Galler Drohung wurde die Reform beschlossen. SG gab daraufhin zu Protokoll: »St. Gallen zieht seine Delegation zurück. Die verbleibenden St-Galler sind nur als Beobachter anwesend.«

Nachdem im allgemeinen Einvernehmen die Charge des Präsidenten nicht besetzt worden war, wurde Beat Schneider (Basel) wiedergewählt. Dann standen sich B. Frei (Bern) und P. Kurzer (ZH, bekannt als »hazk-Redaktor«) gegenüber. Frei wurde gewählt. Die Mehrheit war nicht willens, Kurzer in den Vorstand zu nehmen. Bestimmend war, dass einem zukünftig noch pluralistischeren DR ein relativ geschlossener, arbeitsfähiger Vorstand gegenüberstehen sollte. In dieser Situation aber erklärte die Uni ZH, die dortige Studentenschaft werde »Konsequenzen« in Betracht ziehen, wenn Kurzer nicht gewählt werde. Um den Verband nicht zu gefährden, gab die Mehrheit diesem Druck nach.

Es bleibt die Frage, ob angesichts der bildungspolitischen Situation solche Manöver ein Mittel unserer Politik werden sollen.

Bernd Niebuhr

## Dreisäulentheorie: Nicht der Weisheit letzter Schluss

Die Diskussion über die schweizerische Altersvorsorge kam Ende 1969 in Gang, als die PdA ihre Volksinitiative »für eine wirkliche Volkspension« einreichte, welcher in kurzen Abständen eine Initiative der SP und jene eines überparteilich-bürgerlichen Komitees folgte. Die wesentliche Differenz zwischen der PdA-Initiative einerseits und den zwei andern Vorschlägen und dem bestehenden System andererseits lag in der Auffassung über den Träger der Altersversicherung. Während die PdA-Initiative eine erweiterte AHV als alleinige Einrichtung sehen möchte, in welche die bestehenden Pen-

sionskassen eingebaut würden, strebten die Sozialdemokraten eine staatliche Grundversicherung an, welcher nur für den Fall, dass sie weniger als 60% des früheren Einkommens deckte, eine Zusatzversicherung obligatorisch zur Seite gestellt würde, welche sowohl staatlich wie privat organisiert sein könnte. Die bürgerliche Initiative schliesslich strebte eine ausdrückliche Verankerung des Dreisäulenprinzips in der Verfassung an, welches auf der staatlichen Grundversicherung, auf der betrieblichen Pensionskasse und auf der Selbstvorsorge beruhen soll.

Der Bundesrat stellte einen Gegenvorschlag zur PdA-Initiative auf, weil diese zuerst zur Abstimmung kommen wird. Dabei nahm aber die Verwalter die wesentlichen Punkte der zwei andern hängigen Initiativen in ihren Vorschlag auf, so dass von der Sache her nur noch zwei grundsätzliche Projekte vorliegen. (Vermutlich werden die SP-Initiative und das bürgerliche Volksbegehren zugunsten des bürgerlichen Vorschlags zurückgezogen.)

die wie bisher gültige hälftige Belastung des Unternehmens gedacht werden.

### Dreisäulenlösung

Der Gegenentwurf der Bundesversammlung, welcher das Resultat der durch den parlamentarischen Prozess gewanderten bürgerlichen Vorlage darstellt, will demgegenüber das Dreisäulenprinzip verfolgen.

Die erste Säule, die AHV, soll den »Existenzbedarf« decken. Nach grossen Diskussionen, die sich weit mehr mit

rung durch eine automatische Anpassung an die Entwicklung des Volkseinkommens wurde schon in der Frühjahrsession abgelehnt.

Die Aufteilung der Lasten erfolgt partitisch zwischen den Unselbständigen und der Firma. Die Subventionen des Bundes und der Kantone dürfen nicht über die Hälfte der Gesamtausgaben steigen.

Als zweite Säule soll die berufliche Vorsorge obligatorisch erklärt werden, um die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung zu sichern. Die Arbeitgeber würden verpflichtet, »ihre Arbeitnehmer bei einer Vorsorgeeinrichtung der Betriebe, Verwaltungen und Verbände oder einer ähnlichen Einrichtung zu versichern und mindestens die Hälfte der Beiträge zu übernehmen. Diese Kassen sollen durch die Kantone steuerlich bevorzugt werden. Entgegen der bürgerlichen Initiative, welche die AHV strikte auf 8 Lohnprozente plafonieren wollte, sieht der Entwurf kein festgelegtes Verhältnis zwischen den beiden Säulen vor, er rechnet aber wie die PdA-Initiative mit einer Gesamtbelastung von etwa 25% des Lohnkommens, wobei die revidierte AHV nach Berechnungen der Verwaltung etwa 14 bis 15% beanspruchen wird.

Die dritte Säule würde sich durch die private Selbstvorsorge ergeben. Durch fiskalische Erleichterungen sollen Ersparnisse, die im Hinblick auf die Altersvorsorge gemacht werden, gefördert werden. Da nach einem Abzug von 25 Lohnprozenten für die zwei ersten Säulen weitere Ersparnisse für untere Einkommensschichten unwahrscheinlich sind, betrifft die Förderung der privaten Selbstvorsorge vor allem hohe Einkommen Unselbständiger und die Verdienste Selbständiger.

Die zwei sich noch gegenüberstehenden Projekte unterscheiden sich grundsätzlich durch ihre versicherungstechnische Durchführung und durch ihre Trägererschaft.

### Die versicherungstechnische Durchführung

Die allgemeine Volksversicherung, wie sie die PdA anstrebt und die heutige AHV, vor allem nach ihrer 8. Revision, beruhen auf dem Umlageverfahren, die Versicherungen der zweiten und dritten Säule des offiziellen Gegenvorschlags hingegen auf dem Deckungskapitalverfahren. Das Umlageverfahren zielt darauf ab, genau so viel an Beiträgen von der aktiven, arbeitenden Bevölkerung zu erheben, wie an die Rentner im betreffenden Jahr ausgeschüttet werden muss. Es findet also ein einfacher Durchfluss von Geld statt, wovon höchstens ein kleiner Teil, zum Schwankungsausgleich, in einen Fonds abgezweigt wird.

Das Deckungskapitalverfahren hingegen baut einen Kapitalstock auf, bis

er eine Höhe erreicht, welche die Rentenzahlung allein aus den Zinsen ermöglicht. Der Kapitalstock bleibt in der Kasse und wird im Normalfall nicht abgebaut.

Zwischen diesen Verfahren gibt es selbstverständlich alle möglichen Kombinationen, doch nähern sich die AHV und die beruflichen Vorsorgekassen weitgehend diesen zwei »Idealtypen«.

### Implikationen der beiden Verfahren

Die Vorteile der zwei Verfahren und ihre Nachteile müssen nun anhand einiger Kriterien abgewogen werden.

Ein wachsender Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung, wie er in Zukunft wahrscheinlich ist, verlangt eine Erhöhung der Beitragsprozente, sofern die Renten mindestens auf gleicher Höhe gehalten werden sollen, was bei der Versicherung nach dem Deckungskapitalverfahren nach Abschluss der Aufbauperiode wie bei jenem nach dem Umlageverfahren durchgeführt werden muss. Unterschiedlich reagieren die beiden Versicherungstypen aber auch auf das Wachstum des Realeinkommens. Im Umlageverfahren schlägt sich ein gestiegenes Realeinkommen sofort in vermehrten Beitragszahlungen nieder, welche ebenso rasch zu erhöhten Rentenzahlungen verwendet werden können. Im Deckungskapitalverfahren muss aber zuerst der Kapitalstock auf eine Höhe gebracht werden, die dann erhöhte Renten erlaubt, es muss also eine intensive Spartätigkeit vorausgehen. Die Erhöhung des Realeinkommens schlägt sich dabei nur in einer Rentenerhöhung nieder, die dem Anteil der Jahre nach der Realeinkommenserhöhung an der gesamten aktiven Erwerbstätigkeit entsprechen. Weitergehende Ansprüche müssten durch Nachzahlungen erworben werden, die mit zunehmendem Alter des Erwerbstätigen ansteigen würden.

### Umlageverfahren: relativ resistent gegenüber der Inflation

Auch bezüglich der Inflation zeigt das Deckungskapitalverfahren eine gewisse Schwerfälligkeit. Währenddem eine rasche und bloss nominelle Steigerung der Löhne im Umlageverfahren sofort über die gestiegenen Beitragszahlungen den Rentenberechtigten weitergegeben werden kann, zerfrisst die Inflation die angehäuften Deckungskapitalien, und obwohl die laufenden Beitragszahlungen der Inflation folgen, werden alle vorausgegangenen Einzahl-

ungen entwertet. Der Kneschaurek Report, so umstritten er ist, dürfte wohl mit seiner Prognose einer bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus anhaltenden Inflation recht behalten. Sofern sie bei Renten wie den gegenwärtigen 6,5% bleibt, ist abzusehen, was im Laufe einer 40- bis 45jährigen Erwerbstätigkeit von den ersten und mittleren

### Volkspension

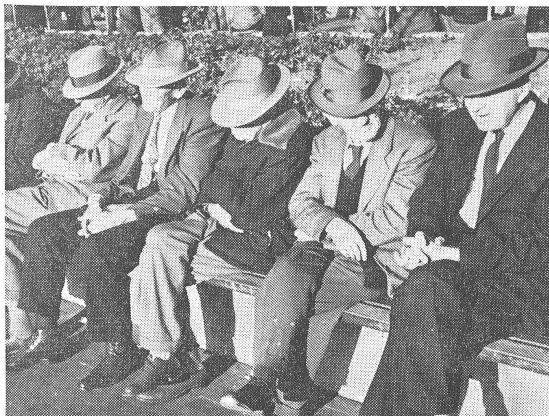
Die PdA-Initiative will die AHV zur allgemeinen, obligatorischen und einheitlichen Altersvorsorgeeinrichtung machen. Die ausbezahlten Renten sollen mindestens 60% des mittleren Einkommens der fünf günstigsten Jahre ausmachen, aber mindestens 500 Fr. für Einzelpersonen und 800 Fr. für Ehepaare monatlich betragen. Diese nominalen Werte müssen der Teuerung und der Entwicklung des Bruttosozialprodukts angepasst werden, sie wären indiziert und dynamisiert.

Mindestens ein Drittel der Gesamtausgaben müsste nicht über die Beitragserhebung, sondern über Beiträge des Bundes und der Kantone aufgebracht werden, wozu auch finanzielle Leistungen von Personen in »wirtschaftlich bevorzugter Stellung« herangezogen werden müssten. Die bestehenden Kassen des privaten Sektors würden in die AHV integriert.

Nach Berechnungen der Verwaltung wird die Belastung des Arbeitenden durch die Beiträge zu einer auf diese Weise erweiterten AHV auf 24,9% ansteigen. Die Initiative schweigt über deren Aufbringung; vermutlich ist an

»Wir waren seinerzeit alarmiert darüber, dass die nationalräthliche Kommission auf der Lenzerheide eine Rentenerhöhung um einen Drittel beschloss. Als Reaktion darauf wurde mit sehr erheblichem Aufwand eine Initiative gestartet. Von der Wirtschaft, insbesondere seitens der Versicherungen, ist eine Organisation aufgebaut worden, die permanent zur Verteidigung der Drei-Säulen-Theorie am Werk ist...«  
(Dr. R. Rohr)

Detailfragen der Rentenhöhe als mit dem Prinzip des Aufbaus der Altersvorsorge befassen, wird die Sommeression des Parlaments vermutlich die Mindestrenten für Alleinstehende ab 1973 auf 320 Fr. anheben und für 1975 nochmals eine Erhöhung um 20% veranlassen. Die Anpassung an die Inflation wird automatisch erfolgen, die reale Verbesse-



Altersvorsorge: Volkspension oder Dreisäulenlösung?

### Mitteilung der Redaktion

Gemäss Beschluss des Parlaments der Berner Studentenschaft vom 15. Juni 1972 wird »Impuls« ab dieser Nummer dem »Berner Studenten« beigelegt und somit jedem, der an der Universität Bern immatrikuliert ist, per Post zugestellt. »Impuls« wird daher ab Herbst 1972 in einer erhöhten Auflage (32 000 Exemplare) erscheinen.



Wer heute noch ohne Privat-Haftpflichtversicherung durchs Leben geht, ist entweder sehr reich oder ein falsch beratener Optimist.



Beitragsjahren noch übrigbleibt. Die privaten Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen, welche die berufliche Vorsorge der zweiten Säule nach dem schwerfälligen Deckungskapitalverfahren durchführen müssen (da sie zu klein für das Umlageverfahren sind oder die Perennitätsregel nicht erfüllen, das heisst, da sie für den Fall ihrer Liquidation, die bei der staatlichen Versicherung nicht eintreten dürfte, die Versicherten mit einer Summe abfinden müssten), haben angesichts der gegenwärtigen Inflation einen Pool vorgesehen, über welchen sie sich umlagemässig gegen die Beitragswertungen und den Attraktivitätsverlust der privaten Vorsorgekassen absichern wollen. Es dürfte dies als ein Eingeständnis der Angemessenheit des Umlageverfahrens gewertet werden. Ein weiterer Punkt der Abwägung zwischen beiden Systemen ist die Möglichkeit einer Krise, Befürworter der privat durchgeführten beruflichen Vorsorge weisen gerne darauf hin, dass dann die Beiträge der AHV durch ihr Sinken eine Reduktion der Renten unumgänglich machen würden, während die aus den Zinsen des Kapitalstocks fließenden Renten des Deckungskapitalverfahrens weiter ausbezahlt werden könnten. Doch beruht diese Argumentation auf dem Irrtum, dass in einer wirklichen Krise die angelegten Kapitalien noch immer ein volles Zinsertragsniveau erzielen könnten, was unwahrscheinlich ist. Verkäufe von Guthaben aus dem Kapitalstock selbst wären vermutlich ebensowenig möglich und würden die Basis der Versicherung gefährden. Falls der Staat die Beitragslücke in der Versicherung des Umlageverfahrens durch erhöhte Subventionen decken würde, könnte dies sogar als krisenpolitisch höchst erwünschte Kaufkraftschöpfung wirken.

## Die zweite Säule

Nach verwaltungsmässigen Berechnungen müsste bei Annahme der Verfassungsvorlage des Bundesrats und des Parlaments die Summe der Deckungskapitalien der beruflichen Kassen von heute 30-40 Milliarden Franken auf 59 Milliarden Franken im Jahr 1974, auf 174 Milliarden Franken im Jahr 1989 und auf 246 Milliarden Franken bis zum Jahr 2000 erhöht werden. Jährlich würden so ab 1974 6 bis 8 Milliarden Franken aus den Lohneinkommen im



**Visus-Contact-Linsen**

Jetzt: Hallwylstrasse 24  
8004 Zürich

gibt Auskunft über:  
Die neue Weich-Kontaktlinse

liche Firmenbeiträge für seine Altersvorsorge verlorengelassen.

diese Kassen fließen. Nach dem Jahr 2000 müsste der dann voll geöffnete Kapitalstock nur noch der Bevölkerungsvermehrung und dem wachsenden Einkommen, so gut es geht, angepasst werden. Falls die Inflation weiter vorherrsche, würde die Aufbauperiode gar nie aufhören.

1969 bestanden im Rahmen der zweiten Säule 15 500 Pensionskassen in der Schweiz. Es sind diese 15 500 Kassen, die als Träger der enormen Gelder in Frage kommen.

## Mutationsgewinne

Es erscheint als ziemlich wahrscheinlich, dass diese grosse Zahl von auf verschiedenste Weise konzipierten Kassen einen unverhältnismässigen Aufwand darstellt, der in einer einheitlichen Versicherung, auch wenn sie aus einer Vergrößerung der bestehenden AHV entstünde, vermieden werden könnte. Der Generaldirektor der Winterthur-Unfall, ein sicher unverdächtig Zeuge, bescheinigte der einheitlichen, öffentlichen Suva:

»Was im speziellen die Suva betrifft, arbeitet sie zurzeit mit Betriebskosten, die wesentlich unter dem liegen, was die Privatversicherung bei kollektiven Unfallversicherungen aufzuwenden hat.«

Als direkte Folge dieser Vielzahl von Kassen ergibt sich das Problem der Freizügigkeit, die zwar postuliert wurde, aber organisatorisch schwer zu realisieren ist. Zudem sieht das neue Arbeitsvertragsrecht vor, dass bei einem Stellenwechsel nach weniger als 5jähriger Betriebszugehörigkeit dem Arbeiter nur seine eigenen Beiträge plus Zins zustehen, während die Beiträge der Firma, die als Lohnbestandteil angesehen werden müssen, der Kasse verfallen (»Mutationsgewinne«). Falls ein junger Arbeiter ausbildungshalber mehrmals die Stelle wechselt, können ihm während 10 bis 20 Jahren sämt-

## Wer verfügt?

Damit ist die Frage nach der Verfügung über diese Kapitalien gestellt. Der Verfassungsartikel schweigt darüber, er verweist höchstens auf Mindestanforderungen, denen die Kassen genügen müssten, die eine spätere Gesetzgebung erarbeiten soll. Heute besteht nur für Vorsorgeeinrichtungen, die als Stiftung erreicht werden, die gesetzliche Pflicht, die Beschäftigten nach Massgabe ihrer Beiträge an der Vermögensverwaltung zu beteiligen. Nach der Pensionskassenstatistik des Jahres 1970 leisteten die Firmen durchschnittlich 65% der Beiträge, so dass in den meisten Fällen die Verfügungsgewalt auch in den Stiftungen bei den Firmen liegen dürfte.

Ein Indiz für das Interesse, das die privaten Träger der zukünftigen beruflichen Vorsorge für diese Gelder haben, sind die von Grossbanken kürzlich gegründeten Fonds. Die Bankgesellschaft errichtete den »Helvetinvesta«, einen Fonds, der »speziell den institutionellen Anlegern, heissen sie nun Pensionskassen, Wohlfahrtsfonds oder Vorsorge-Stiftungen, dienen will. Die Volksbank lancierte die kollektive Personalfürsorge-Stiftung Columna, und der Bankverein gründete die Anlagestiftung für Personalfürsorge, zusammen mit der Rentenanstalt, der Basler Leben und einigen Privatbankiers.

Hätten die Kassen der beruflichen Vorsorge bisher vor allem die Fremdfinanzierung von Unternehmungen durch Zeichnung von Obligationen anleihen besorgt und Infrastrukturaufgaben durch Kauf von öffentlichen Anleihen sowie die Wohnungsfinanzierung begünstigt, so zeichnet sich heute eine Tendenz zum Erwerb von Aktienkapital

durch diese Institutionen ab. (Die Anlagestiftung des Bankvereins führt je eine Abteilung für Schweizerische und ausländische Aktien.) Die Gelder der Altersvorsorge nehmen dabei einestheils an den Kursrisiken teil, verschaffen andernteils der Verwaltung der Kassen einen Einfluss auf Unternehmungen. Wenn nach bisherigen Ermittlungen nur etwa 3% des Alterskapitals in Aktien angelegt war, stellt diese Tendenz einen wichtigen Einschnitt dar, der beim Anwachsen des Alterskapitals auf die oben erwähnten Summen einigen sozialpolitischen Sprengstoff bekommt.

Schon 1968 betrug die Ersparnis der Privatunternehmen und der privaten Sozialversicherungen 43,9% der gesamtschweizerischen Sparsumme. Durch das Obligatorium der zweiten Säule und seiner privaten Durchführung (übrigens eine der problematischen Motorhaftpflichtversicherung analoge Situation) wird sich dieser Anteil kräftig steigern. Selbst Professor Knescharek meinte bezüglich der Verfügungsgewalt über diese Gelder, »dass praktisch noch niemand aus der Privatwirtschaft oder aus den bürgerlichen Parteien erfasst habe, was eigentlich die zweite Säule letztlich bedeute und wie sie sich in etwa 10 oder 15 Jahren auswirken werde, wenn die Träger eines Fonds, der vielleicht 100 Mrd. Fr. erreichen wird, praktisch den gesamten Gang der Wirtschaft bestimmen könnten.« (1971 vor der Gesellschaft für Marktforschung).

## Zielvorstellungen fehlen

Bei der Auflegung eines Kapitalstocks, der im Jahr 2000 die Höhe eines dannmaligen Volkseinkommens erreichen soll, muss nach Zielvorstellungen über seine Verwendung gefragt werden. Diese Zielvorstellungen fehlen heute weitgehend. Den rein wachstumsorientierten Analysen Professor Kneschareks folgend, weisen offizielle und private Sprecher darauf hin, es gelte die Sparquote von heute 25% des Volkseinkommens auf 33% zu bringen, um ein künftiges Wachstum ohne Fremdarbeiter zu finanzieren zu können. Der Leiter der Expertenkommission für die Verfassungsvorlage, Kaiser, schrieb in der NZZ: »Die kapitalintensive zweite Säule wird für angemessenes Zwangssparen sorgen«, was einer »optimalen Kapitalbildung« dienen soll.

Dieses Denken beruht auf zwei mehr oder weniger uneingestandenen Hypothesen, nämlich dass weiteres Wachstum ermöglicht werden muss und dass die dafür notwendige Kapitalausstat-

tung durch Zwangssparen in der Altersvorsorge erfolgen soll.

Zur Hypothese des weiteren Wachstums könnte man bemerken, dass dessen Richtung erst einmal gesellschaftlich allgemeinverbindlich festgelegt werden müsste. Sollen die Unternehmen weiter ausgebaut werden? Sollen landesweite öffentliche Verkehrssysteme gebaut werden? Sollen Bildungsaufgaben oder Wohnungsbau gefördert werden? Fachleute äussern die begründete Befürchtung, dass die Investitionsplanung der Schweiz auf eine derartige Kapitalakkumulation nicht vorbereitet ist. Tatsächlich scheinen die dringend erforderliche Landschaftsplanung und ebenso dringliche Anliegen des Umweltschutzes Grenzen für die ungeplante bisherige Expansion des Produktionssektors zu setzen.

Zur Hypothese der Kapitalakkumulation durch das Zwangssparen der Altersvorsorge gäbe es noch ganz andere Alternativen. Radikale Programme zur Förderung des Vermögens in Arbeitnehmerhand beispielsweise hätten die gleiche Wirkung. An dieser Alternative erkennt man aber die klare Tatsache, dass die Gestaltung der Altersvorsorge nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Gegebenheiten der Schweiz gesehen werden kann. Es spielen hier Interessen mit, die den Summen, um die es geht, durchaus proportional sind. Die vom Parlament angestrebte Lösung stellt eine organisatorisch komplizierte, in ihren versicherungstechnischen Bedingungen unsichere und gesellschaftlich gesehen unternehmerfreundliche Altersvorsorge dar, deren Auswirkungen auf die Art der Kapitalausstattung des Landes völlig unklar sind.

Beat Kappeler

## zs/impuls

Herausgegeben von der Redaktion des »Zürcher studentens«, in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint achtmal jährlich. Auflage 30 000.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Peter Hargitay. Die im »impuls« erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet. Jahresabonnement Fr. 6.- auf Postcheckkonto 80-35 598.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz; Telefon (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35 598. Sekretärin: Angela Soom.

Druk und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30. Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37, Postfach 880, 8022 Zürich, Tel. 23 83 83.

## St. Gallen

### Auswertung der HSG-Fragebogen

### Essen, Trinken und die NZZ

In der »AHZ« vom 31. Mai 1972 schreibt D. Wartenweiler unter dem Titel »Köpenickade mit den Fragebogen«, die von einer informellen Gruppe des Studentenparlamentes verfasst und Anfang SS 72 mit den Testheften an alle Studenten ausgeteilten Fragebogen verletzten inhaltlich einen Parlamentsbeschluss, welcher (nach »AHZ«) besagte, der Fragebogen müsse die studentische Meinung zu aktuellen Problemen der Struktur- und Studienreform ergründen. In Wirklichkeit hatte der ADC der Gruppe (aus Mitgliedern des Kritischen Seminars bestehend) freie Hand gelassen. Anscheinend ist der im Dienst des »Instituts für demokratische Politik« (IDP) stehende AHZ-Korrespondent in St. Gallen jedoch nicht der einzige, der es nicht so genau nimmt mit dem, was er schreibt. Jedenfalls sah sich der ADC genötigt, Herrn Wartenweiler zu bitten, »zukünftig besser zu recherchieren und einmal an einer ADC-Sitzung teilzunehmen«. IDP-Wartenweiler schreibt zwar über die Verhältnisse im ADC (leider teils falsch und Schablonen verhaftet), hat es aber bisher nicht für nötig gefunden, an einer ADC-Sitzung, die ja im Gegensatz zu den Senatssitzungen öffentlich sind, teilzunehmen.

Heute liegen nun die ersten Auswertungen des besagten Fragebogens vor, der unter dem Eindruck der Erhöhung der Studiengelder ausgearbeitet worden war. Fast 97% der befragten HSG-Studenten geben an, sie seien an Politik interessiert und informierten sich hauptsächlich durch Zeitungen. In der HSG-Studenten-Gunst stehen dabei die »NZZ« (64%) und das »St.-Galler Tagblatt« (38,8%) an der Spitze. Bei den ausländischen Zeitungen und Magazinen halten »Spiegel« und die »Zeit« die Spitze mit 7,5% bzw. 6,5%.

Öffentliche politische Veranstaltungen werden von 5,6% regelmässig, von 45,1% gelegentlich und von 50,6% nicht besucht. 11,3% der HSG-Studenten sind Mitglied einer politischen Gruppierung, aktiv jedoch nur 5,9%. Auf die Studententypologie angesprochen, sehen 66% das grundsätzliche Ziel einer Studententypologie in der Mitbestimmung in der Hochschulleitung, 21,1% wollen nur ihre Essens-, Wohnungs- und Reiseprobleme gelöst sehen (als Ziel einer Studententypologie), 9,5% halten die Erfüllung der Studienziele des einzelnen Studenten für Studententypologie! Nach Meinung von 29,4% sollte eine ausreichende Mitbestimmung der Studenten sich auf finanzielle Ausgaben der HSG erstrecken, 36,1% wollen auch bei der Wahl von Professoren mitbestimmen.

Falls studentische Vertreter in Hochschulgremien Einsitz erlangen, sollten sie nach Meinung von 61,2% nicht noch vom Hochschulrat bestätigt werden müssen. Knapp 66% erachten es als richtig, dass der Vorstand der Studentenschaft bzw. der ADC im Namen der Gesamtstudentenschaft ein politisches Mandat ausübt. Das Interesse der Basis an der Studententypologie wird deutlich, wenn 33,5% der Befragten sagen, sie hätten keine Zeit, sich aktiv zu beteiligen, 41,9% sind bereit, 1 bis 2 Stunden pro Woche zu »opfern«, während 1,8% gewillt sind, einen Tag oder mehr pro Woche der Studententypologie zu widmen.

Die ominöse Studiengelderhöhung (40 Fr. pro Semester) belastet 5,2% sehr stark, 23,4% spürbar, 37,8% sind der Ansicht, die HSG sollte ohne Studiengelder finanziert werden, während 56,6% diese befürworten. 43,7% der HSG-Studenten zeigen sich sogar gewillt, eine weitere Erhöhung gegebenenfalls durch geeignete Massnahmen zu bekämpfen. 15,4% der Studenten finanzieren ihr Studium vorwiegend selbst, während bei 50,4% grösstenteils die Eltern das Studium zahlen und 6% von dritter Seite her Geld beziehen. Studiendarlehen und Stipendien stehen bei 24,9% an der Spitze bei der Finanzierung des Studiums.

Ueber die Hälfte der Befragten wäre bereit, die eigene Bewegungsfreiheit an der HSG einzuschränken, wenn dadurch die Einführung eines Numerus clausus verhindert werden kann.

Rolf R. Radicke

## Als Maschinen-Ingenieur HTL beschäftigen Sie sich bei uns mit vielfältigen Problemen im Herstellungsprozess

Es geht dabei vorwiegend um die Bearbeitung folgender Sachgebiete im Bereich »Ingenieurdienste« unseres Werkes Schweizerhalle:

- Selbständige Betreuung der ingenieurtechnischen Belange eines Chemiebetriebes (Unterhalt und laufende Verbesserungen)
- Bearbeitung kleinerer und mittlerer Investitionsprojekte in eigener Verantwortung
- Mithilfe bei der Realisierung von Grossprojekten

- Technische Beratung der zuständigen Betriebsleiter.

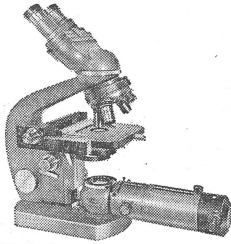
Sinn für Zusammenarbeit sowie Kenntnisse in Mess- und Regeltechnik sind wichtige Voraussetzungen für diese vielseitige Stelle.

Schicken Sie bitte Ihre Bewerbung mit Kennwort »Zürcher Student« an CIBA-GEIGY AG, Zentrale Personaldienste Basel, Postfach, 4002 Basel.

CIBA-GEIGY

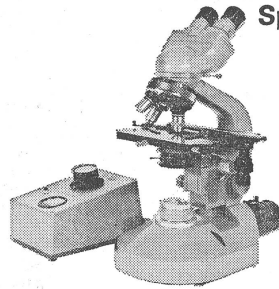


# OLYMPUS-Mikroskope



**OLYMPUS-Mikroskop, Mod. EC-BI-1** binokular mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensor N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Öl-Immersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln und Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W, inklusive Birne, Filter, 1 Flacon Öl-Immersion und stufenlos regulierbarer Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto nur Fr. 1985.-



# Spezialofferte an Studenten

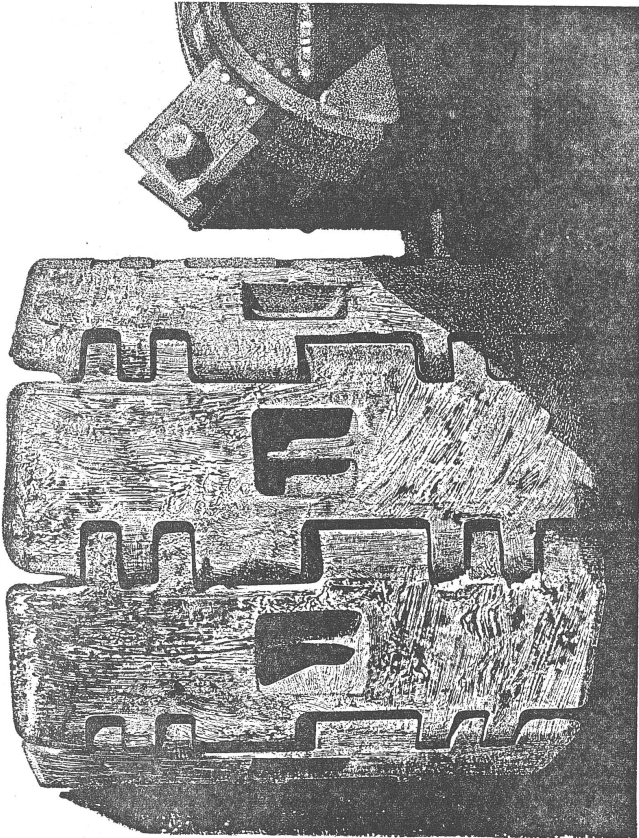
**OLYMPUS-Forschungs-Mikroskop Mod. EHA-BI-1** binokular. Stativ EH mit 6er-Revolver, mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CrS-VH, Binokular-Tubus 1:1, Kondensorzentrierbar N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Öl-Immersion), Okular-Paar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln, im Sockel eingebauter Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W, inklusive Spezialbirne, Filter, 1 Flacon Öl-Immersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V. Nach Abzug des Studentenrabattes, netto nur Fr. 2472.-

**5 Jahre Fabrikgarantie    Sofort ab Lager lieferbar    Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.**

Erhältlich auch bei der Zentralstelle der Studentenschaft

Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: **Weidmann + Sohn, Abt. Präzisionsinstrumente, Gustav Maurerstrasse 9, 8702 Zollikon, Telefon 01 6548 00**

Gianfranco Bernasconi



Baumaschinen

Zürich  
Uraniastrasse 31/33  
Telefon 051/231750

# Robert Aebi AG



# KENT

What a good time for the good taste of a Kent.

**Baigentistos**  
1. Baugenossenschaft AG  
Waldenstrasse 2  
8001 Zurich  
Tel. 01 23934

## Hermes



Portable-Modelle ab: Fr. 310.-

**Muggli**  
Ermittlungsgesellschaft  
Tel. 01 232233

Hermes Weltin AG, Basel  
Annenstrasse 24  
Telefon 071 232466



**muggli-ger-co**  
8000 St. Gallen    Telefon 01 23221  
Ermittlungsgesellschaft  
Buchs, Rorschach

**jedermann kann blind maschinenschreiben lernen**

**...in nur 14 Stunden!**

Täglich 1 Stunde, während 14 Arbeitstagen



Wählen Sie die Kurszeit zwischen 08.00 und 19.15 h.  
Keine eigene Maschine erforderlich. Kein Üben zu Hause.  
Keine Bücher und Lehrmittel. Täglich beginnen Anfängerkurse.  
Täglich beginnen 10 Schnellschreibkurse. Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten und AHV-Bezüger.

**Gratis-Demonstration**  
jeden Montag und Donnerstag 18.00 und 19.15 h  
jeden Mittwoch 16.00 h

**SIGHT+SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG**  
Löwenstrasse 23, 8001 Zürich, Tel. 051-2715 00



**UNTERSEMINAR PFÄFFIKON SZ**

Wir suchen für das Schuljahr 1972/1973 (28. 8. 1972 bis 9. 6. 1973) einen

**Aushilfslehrer für Geographie**

(4 Wochenstunden)

Bewerber oder Bewerberinnen mit entsprechender Ausbildung oder fortgeschrittenem Studium melden sich bei

Rektorat Unterseminar Pfäffikon SZ  
Schützenstrasse 15  
8908 Pfäffikon SZ

Tel. Schule: 055/5 50 29  
Tel. Rektor privat: 055/5 55 62

Rektorat Unterseminar

**Dissertationen**

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

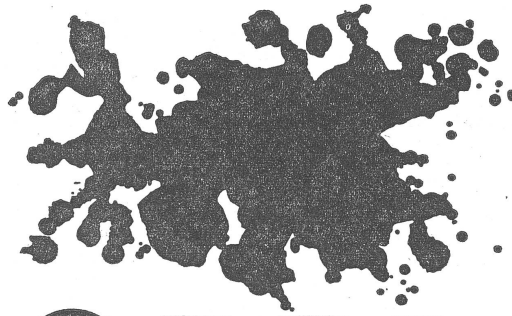
Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarband zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeitsvorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichenarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5  
8001 Zürich, Telefon 27 77 27  
(gegründet 1945)



**HOPPLA!**

Da helfen selbst saftigere Ausdrücke nichts mehr. Aber vielleicht eine bessere Ausrüstung.

Ein solches Missgeschick macht eine mehrstündige Arbeit plötzlich wertlos. Die ganze Mühe beginnt von vorn. Und es hilft einem nichts, die Schuld auf das Schreibgerät zu schieben. Besser wäre es, einmal grundsätzlich über Schreibgeräte nachzudenken.

Zum Beispiel über das rotring-System. Es umfasst eine breite Skala von Zeichengeräten, wie Röhren-Tuschefüller, Zirkel, Schablonen und Tusche. Alles aufeinander abgestimmt. Damit wird der Unterricht im technischen Zeichnen einfacher, und eine präzise und saubere Ausführung bereitet weniger Schwierigkeiten. Dank Patronen fällt das Einfüllen der Tusche weg. Und damit praktisch auch die Möglichkeit von unheilvollen Klecksen und unsauberen Linien.

rotring-Geräte sind robust in der Handhabe und normgerecht im Strich. Verschiedene Linienbreiten erlauben ein viel-

fältiges Zeichnen und Schreiben. Auch mit Zirkel und Schablone.

Mit rotring-Geräten arbeiten Sie zeitsparend, präzise und sauber. Mit einem Nachteil – der Gewissheit, bei einem Missgeschick selbst schuld zu sein.

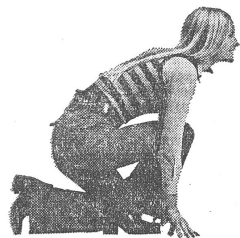


**Coupon**

Einenden an:  
Kaegi AG, Hermetschlostrasse 77, 8048 Zürich  
Ich verzichte gerne auf saftige Ausdrücke.  
Senden Sie mir bitte genauere Unterlagen über die rotring-Geräte.

Name: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

kaegi ag Generalvertretung für die Schweiz:  
Kaegi AG, Hermetschlostrasse 77, 8048 Zürich, Tel. 01 62 5211.  
Geräte für jedes Schreib-, Techn. Zeichen- und Mal-Problem.  
Erhältlich in jedem guten Fachgeschäft.



**Auf die Plätze...**

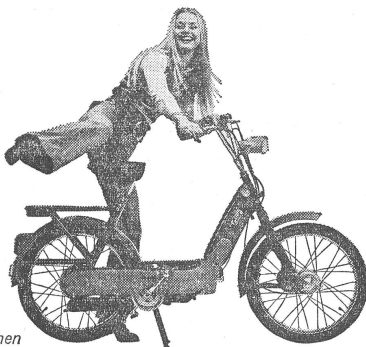
Denken Sie jetzt nicht an Auto-Parkplätze, die es sowieso kaum mehr gibt. Denken Sie auch nicht an Stehplätze in öffentlichen Verkehrsmitteln. Sondern denken Sie an einen luftigen Sitzplatz, der für Sie allein reserviert ist: der Sattel des Ciao (sag Tschau).

Ciao für alle ab 14 Jahren. Keine Prüfung erforderlich –  
Velonummer genügt. Mehr als 400 Verkaufs- und Servicestellen in der Schweiz.

**Ciao** ab Fr. 595.-

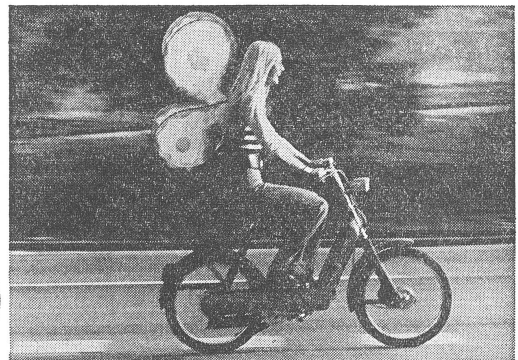
Das neue Luxus-Modell ist mit einzigartiger, doppelter Sattelabfederung ausgerüstet.

Generalvertretung:  
Rollag AG, Löwenstrasse 29  
8001 Zürich, Tel. 01/23 97 07



**fertig...**

Das ist Ciao, das meistgekauftete Mofa der Schweiz. Zwei-Rad-Perfektionismus aus dem Vespa-Haus Piaggio. Fertig bis ins letzte Detail: die einmalige Form, die modernen Farben, die zuverlässige Mechanik, das praktische Zubehör.



**Tschau! Ciao**

Auf und davon wie mit Flügeln! Beschwingt durch dichten Verkehr. Überall wird problemlos parkiert. Ja, Ciao-Fahren ist vernünftig und vergnüglich.

**Startschuss:**

\* einsenden an Rollag AG, Löwenstr. 29, 8001 Zürich

Ausschneiden, auf Postkarte kleben, zum nächsten Briefkasten spuren. Sie erhalten farbige Prospekte, Preisliste und den bunten Ciao-Schmetterling zum Aufkleben.

Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_

# Armee und Aufklärung

## 2. Teil/Schluss

Im Folgenden sollen nun die zwei Konfrontationsebenen, auf denen kritische Rationalität, aber ebenso verantwortliches Handeln sich bewähren müssen, dargestellt werden. Diese zwei Ebenen sind: 1. die politisch-ökonomische und 2. die wissenschaftliche. Dass die Diskussion auf diesen beiden Ebenen geführt werden muss, erinnert ein weiteres Mal daran, dass man diese Gerichtsverhandlung nicht als private Auseinandersetzung des Mandanten mit einer offiziellen Instanz betrachten kann. Es geht hier vielmehr um Probleme, die von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sind. So

sind auch die Motive des Mandanten alles andere als privater Natur. Die gesellschaftlichen Antagonismen liegen nicht ausserhalb der Subjekte, sondern gehen mitten durch diese hindurch. Wer in dieser Gesellschaft – und zwar, wie ich zeigen werde, auf beiden Konfrontationsebenen – kritischer Vernunft sich verpflichtet, kommt nicht nur in Konflikt mit der offiziellen Ratio, die ja im Grunde keine ist, sondern wird unter Umständen sogar straffällig. Der Normalfall, d. h. kritische Rationalität, wurde zum Sonderfall, würdig einer strafrechtlichen Verfolgung. Zunächst also zur politisch-ökonomischen Konfrontationsebene.

R. W.

Der Protest gegen die Abschreckungslehre beinhaltet oft eine rein moralische Verurteilung dieser Strategie. Der moralische Protest allein genügt nicht. Es gilt, stringent nachzuweisen, auf welche irrationalen Voraussetzungen Abschreckung immer beruht und welche Wirkungen diese Strategie zeitigt. Es kann hier selbstverständlich nicht darum gehen, Vernunft und Moral auseinanderzudividieren. Zu zeigen wäre vielmehr, dass nicht moralisches Versagen die Abschreckung ermöglicht, sondern objektiv irrationale gesellschaftliche Tendenzen und Interessen. Ich stütze mich im Folgenden auf die Dissertation von Dieter Senghaas (*Kritik der Abschreckung*, Diss. Frankfurt 1967).

Auf die historischen Voraussetzungen der Abschreckungsstrategie kann nur sehr kurz eingegangen werden. Diese Doktrin bildete sich sukzessive nach dem Zweiten Weltkrieg heraus, und zwar dürfte ein Hauptmotiv für diese Strategie gewesen sein, dass die waffentechnologische Entwicklung immer schneller vorwärtsgetrieben wurde,

immer aggressiver. Ob das in der Tat so ist, lässt sich nicht mit empirisch-analytischen Methoden nachprüfen. Diese gegenseitigen Aggressionserwartungen können weder von der einen noch von der andern Seite verifiziert oder falsifiziert werden. Man muss einfach glauben, der Gegner sei aggressiv. Am Anfang jeder Abschreckungslehre steht mithin eine irrationale Annahme. Auf dieser Grundlage baut nichtsdestoweniger die zweite Voraussetzung auf. Jene nämlich, die besagt, dass die Abschreckung sich nicht auf die nach rationalen Kriterien beurteilten wahrscheinlichen Fälle vorbereiten darf, sondern auf alle irgend denkbaren Konflikte. Totale Abschreckung darf also nicht fragen, ob es auch wahrscheinlich sei, dass diese oder jene Waffe je nötig werden könnte. Sie muss vielmehr fragen: Welche Waffe haben wir noch nicht, unabhängig davon, ob sie gebraucht wird oder nicht? Hier liegt also einer der Gründe – ich werde noch andere anführen – für die Eigendynamik abschreckungspolitischer Überlegungen. Diese Eigendynamik ist insofern die pure institu-

sei quasi eine Marotte der strategischen Analytiker oder der Militärs. Politische Strategien von diesem Ausmass und dieser Wirksamkeit können sich nur halten und durchsetzen, wenn sie sich auf eine gesellschaftliche Basis stützen können. Wie ist die gesellschaftliche Basis, die ein Interesse an schaffen? Die gesellschaftliche Basis der Abschreckungsstrategie hat, bei dieser Politik ist relativ breit und reicht von handfesten Interessen der Rüstungsindustrie bis zur Chimäre vom unverwundbaren Vaterland. Nur das glatte Zusammenspiel verschiedenster ökonomischer und ideologischer Momente ermöglicht die fast unangefochtene Geltung dieser irrationalen Doktrin. Die offiziellen politischen und militärischen Instanzen, aber auch die Arbeitsgruppe »Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz unter der Leitung von Prof. Schmid hinterfragen den Begriff der Abschreckung nicht. Prof. Schmid ist bekanntlich auch Präsident des Schweizerischen Wissenschaftsrates. Inwiefern sich die beiden Tätigkeiten vereinbaren lassen, bliebe dahingestellt. Fest steht allerdings, dass die Schweiz zwar ein Gesamtverteidigungskonzept besitzt, es aber dem Wissenschaftsrat bis heute noch nicht gelungen ist, ein einigermaßen taugliches Hochschulkonzept vorzulegen. Das Interesse der Privatindustrie an einem Verteidigungskonzept ist selbstverständlich ungleich grösser als jenes an einer Bildungskonzeption, denn dort locken Profite ungeahnter Grössenordnung (Bunkerprogramm).

Für sie alle hat der Begriff schon dinghaften Charakter angenommen, sie reflektieren nicht mehr, dass politische Strategien nicht als unumstössliche Begebenheiten zu betrachten sind, sondern als historisch gewordene und gesellschaftlich vermittelte Beziehungsstrukturen. Von offizieller Seite wird auch meistens unterschlagen, dass es sich beim Prinzip der Abschreckung keineswegs nur um ein militärtechnisches Prinzip handelt, sondern um ein gesellschaftlich vermitteltes und als solches gesellschaftlich wirksames, Handlungs- und Bewusstseinsdispositionen ebenso erzeugendes wie beeinflussendes Prinzip. Zu analysieren wäre demnach nicht primär der militärtechnische Aspekt des Prinzips, sondern die gesellschaftliche Bedeutung und Wirksamkeit.

### Produzierte Aggressivität

Meistens wird das Prinzip der Abschreckung nur als Phänomen des zwischenstaatlichen Verkehrs betrachtet.

Dieser Schein trägt. Ob der als aggressiv bezeichnete Gegner wirklich aggressiv ist, lässt sich vom einzelnen Individuum her nicht sagen, und liest dieses noch so viele Zeitungen. Einigermassen zuverlässige Information über die tatsächliche oder fiktive Aggressionsabsicht des Gegners ist nicht zu erhalten. Die vermeintlich aggressiven Absichten des Gegners müssen also vorerst produziert werden. Feindbilder werden von denselben Leuten konstruiert, die behaupten, sich gegen den Feind nur zu schützen. Der Feind lässt sich als Feind nicht erkennen. Die beamteten Abschreckungstheoretiker müssen den Feind zuerst aufbauen. Das bedeutet aber, dass Abschreckungspolitik nicht nur ein internationales, sondern ebenso ein innerstaatliches Problem ist. In diesem Staat werden die Bewusstseinsstrukturen, die Abschreckung nötig machen, erzeugt, überdies von jenen, die Abschreckung als ihren Beruf betrachten, oder jenen, die an der Abschreckung ein direktes, zum Beispiel ökonomisches, Interesse haben. Senghaas schreibt unzweideutig, worin die Aufgabe für diese Instanzen besteht: »Abschreckung wird politisch erst glaubwürdig, wenn die betroffenen Ge-

pagierung des Familienbunkers. Die Bevölkerung wird in einen Verblendungs-zustand versetzt, der sie hindert, die reale Gefahr zu sehen.

### Desavouierte Aufklärung

Mögliche politische Aufklärung wird desavouiert. Senghaas spricht in diesem Zusammenhang von »pathologisch-innovativem Lernen«. Pathologisch ist dieses Lernen (etwa den Familienbunker als Beitrag zur Friedensicherung schätzen zu lernen), weil es sich nicht auf die kritische Einsicht in die Realität stützt, sondern auf dem Boden irrationaler Voraussetzungen ein System immanenter Sicherheit und Widerspruchslöslichkeit aufbaut und propagiert. Innovativ ist dieses Lernen noch, insofern in diesem System nach immer neuen Möglichkeiten der Perfektionierung gesucht wird. Dieses pathologisch-innovative Lernen ist ein deutliches Indiz für den global regressiven Charakter dieser Gesellschaft. Kritisches Lernen, wie es der Mandant sich angeeignet hat, entdeckt solche regressiven Tendenzen. Er hat daraus die

# ANALYSE

sellschaften in quasi einsatzbereite militärische Kollektive umgebildet werden... »

Die Gesellschaft muss also vorerst in eine Abschreckungsgesellschaft transformiert werden. Um dies zu erreichen, schuf man im Abschreckungskalkül das Ressort Zivilverteidigung, dem die Aufgabe zufällt, die Bevölkerung als dauernd bedrohte darzustellen und gleichzeitig jene militanten und aggressiven Züge im Individuum zu aktivieren, die totale Abschreckungspolitik erst ermöglichen. Dabei wird aber nicht etwa daraufhin gearbeitet, die Bevölkerung politisch rational aufzuklären, sondern propagiert wird eine private Schutzideologie. Was damit erreicht werden soll, beschreibt Senghaas folgendermassen:

»Die Privatisierung der Atomkriegsgefahr, die immer die Abschreckungspolitik begleitet hat, würde sich erst in einem umfassenden Zivilschutzprogramm ganz enthüllen. In einer raffinierten Form wird ihm die Gefahr dramatisiert und zugleich verharmlost, indem sie einerseits präsent wird als jemals zuvor, zum andern jedoch Schutz und Privathilfe wie den Familienbunker als sinnvoll deklariert werden. Heinz Theo Risse hat darauf aufmerksam gemacht, dass ein Zivilschutzprogramm im Rahmen einer Abschreckungspolitik notwendigerweise auch die Privatisierung der Ueberlebensideologie mit sich bringe und damit mögliche politische Kräfte, die sich um politische Alternativen bemühten, neutralisiere.«

Genau darum geht es: nicht politische Alternativen auf der Basis der kritischen Rationalität werden entworfen, sondern das Gegenteil: Verdrängung der akuten Atomkriegsgefahr und Pro-

notwendigen Konsequenzen für seine Praxis gezogen.

Traditionelle Politik hat immer noch nicht gelernt, dass mit Gewalt politische Probleme nicht gelöst werden können. Möglich sind Pseudolösungen, deren Dauerhaftigkeit – so scheint es prima vista – in umgekehrtem Verhältnis zur investierten Brutalität steht. Dieses traditionelle Politikverständnis, das Gewalt nicht zu eliminieren versucht, sondern in sein Repertoire integriert, befindet sich in ersterinstanzlicher Ueber einstimmung mit ökonomischen Interessen. Die Abschreckungsstrategie bewegt sich quasi als Perpetuum mobile spiralförmig in die Höhe. Die Ausgaben für Rüstung steigen nicht nur mit der Perfektion der Waffen, sondern zusätzlich erlaubt das gesteigerte Tempo der waffentechnologischen Innovation eine immer schnellere Ersetzung überkommener Waffensysteme durch neue. Ökonomische Profittendenzen treffen sich mit dem Ehrgeiz der militärischen Führungsstäbe, die Truppen mit den neuesten Vernichtungsmitteln auszustatten. Diese unheilige Allianz arbeitet hervorragend zusammen. Die entpolitisierte Öffentlichkeit, die schliesslich die Zeche bezahlt, hat zu fragen verlernt, welche objektiven Sicherheiten ihr geboten werden für die Steuermittel, die für Rüstung ausgegeben werden. Eine kritische Öffentlichkeit hätte längst durchschaut, dass durch die nun schon seit 20 Jahren praktizierte Abschreckungspolitik der »Friede« nicht sicherer, sondern gefährdeter geworden ist. Die undurchschaute Irrationalität der herrschenden Politik und die eigene fortschreitende Regression hindern die betroffene und bezahlende Öffentlichkeit daran, diese Umkeh-

Fortsetzung Seite 8

»Die Wahrscheinlichkeit eines auf Mitteleuropa beschränkten lokalen Krieges mit konventionellen oder taktisch-atomaren Waffen ist äusserst gering. Denn die Eskalationsgefahr ist bei der militärischen Präsenz der nuklearen Grossmächte in Europa zu gross. Da also ein Krieg, in dem die Schweizer Armee evtl. von Bedeutung sein könnte... nicht in Frage kommt, spielt die Schweizer Armee für das internationale militärische Gleichgewicht keine Rolle. Sie ist eine der weniger wichtigen Mauern. Also dürfen wir sie ruhig abschaffen – und wir müssen sie abschaffen, denn so ebnet wir den Weg dazu, dass unser Land zum Zentrum einer neutralen und aktiven Friedenspolitik und Friedensforschung wird.« (Ch. Geiser)

was einen Krieg immer problematischer werden liess. Die Anwendung nuklearer Gewaltmittel unterscheidet sich nämlich von derjenigen konventioneller grundsätzlich darin, dass die Anwendung von Nuklearwaffen die eigene Vernichtung in keinem Fall auszuschliessen vermag. Anders ausgedrückt: Die Anwendung von nuklearer Gewalt impliziert, dass die Auswirkung der angewendeten Gewalt auf den Anwender selbst zurückschlägt. Die Anwendung von Gewalt im Dienste politischer Ziele erschien plötzlich unmöglich. Aber nur für kurze Zeit. Die strategischen Analytiker fanden einen Ausweg. Man differenzierte die Anwendung von Gewalt in rund 40 Stufen, wobei die sogenannten Nuklearstufen nie zur realen Anwendung kommen sollten. Die Anwendung konventioneller Gewalt als Mittel der Politik wurde gesichert dadurch, dass ein gegenseitiges Abschreckungssystem auf nuklearer Ebene selbsttönderische Exzesse verhindern sollte. Einmal mehr gelang es also den Knechtchen der instrumentellen Vernunft, Politik als Gewaltpolitik – deren Ende war unmittelbar nahe nach dem Krieg – hinüberzuretten und formal zu legitimieren.

### Was heisst Abschreckung?

Worin aber, so muss man fragen, besteht die Abschreckung? Abschreckung ist ein »quasi lückenloses System angelegter Vergeltung« (Senghaas), das heisst, der potentielle Gegner soll dadurch ferngehalten werden, dass man ihm jederzeit demonstriert, seinen allfälligen Angriffen mit entsprechenden Mitteln zu begegnen. Die strategische Analytik behauptet weiter, dass Abschreckung nur wirksam sei, solange die angeordnete Vergeltung glaubwürdig sei. Mit dem Argument der Glaubwürdigkeit der Abschreckung gelingt es denn auch den verantwortlichen Militärs ständig und in fast allen Ländern, die Budgetposten für ihre Ressorts zu erhöhen.

Der Abschreckungspolitik immanent ist ein Mechanismus, der eine permanente Perfektionierung der Rüstung erlaubt. Im wahrsten Sinne des Wortes: Abschreckung ist ein Perpetuum mobile. Warum kann sie das sein? Auf welchen Voraussetzungen beruht das Prinzip der Abschreckung?

Die erste, unreflektierte Voraussetzung jeder Abschreckungspolitik ist, dass angenommen wird, der Gegner sei

tionalisierte Irrationalität, als sie bedingt, dass man es radikal aufzugeben hat, sich an der politischen Realität zu orientieren. Dieter Senghaas schreibt in diesem Zusammenhang:

»So gehören Fiktionen und der aus Fiktionen resultierende Realitätsverlust strukturell zum Abschreckungssystem, und solange es Abschreckungspolitik geben wird, wird es sich nicht vermeiden lassen, dass diese invendide Droh- und Gewaltphantasie mit eigener Dynamik, ihrem eigenen Impuls folgend, weiter wuchert.«

Da Erfolg oder Misserfolg der Abschreckung rational nicht auszumachen ist, kann man sagen, Abschreckung arbeite nur sich selbst in die Hände. Sie kennt keinen ausser ihr liegenden Zweck. In diesem restriktiven Sinn kann man von Abschreckung als einer globalen Tautologie reden.

### Abschreckung als »Friedenssicherung«

Die Apologeten der Abschreckung betonen immer wieder, diese Politik sichere doch den Frieden. Abgesehen davon, dass niemand im Ernst behaupten wird, wir lebten im Frieden, lässt sich eben nicht beweisen, ob der bis jetzt nicht erfolgte Einsatz nuklearer Waffen eine Folge der Abschreckungspolitik ist oder nicht. Wichtiger ist aber ein anderes Argument gegen die Apologeten: den Frieden sichern kann nur heissen, Gewalt aus der Politik eliminieren. Aber das tut die Abschreckungsstrategie gerade nicht. Sie eliminiert die Gewalt nicht, sondern unterwirft sie lediglich einer irrationalen Handlungsstrategie. Hier verstricken sich die Apologeten in eine abgründige Antinomie: auf der einen Seite behaupten sie, nur durch schlagkräftige Armeen sei der Friede zu sichern, und auf der andern Seite müssen sie immer wieder grössere finanzielle Mittel anfordern, weil der immer noch herrschende Unfriede äusserst gefährlich sei. In ihrem Wahn erkennen sie nicht, dass die Schlagkraft der Armeen, global gesehen, längst genügte, die Menschheit einige Male zu töten. Dieser zirkulären Logik verfällt ein Denken auf der Basis instrumenteller Vernunft, ein Denken, das nicht mehr fähig ist, nach Ziel und Inhalt zu fragen, und sich auf die blinde »Rationalisierung« der Mittel beschränkt.

Allerdings wäre es völlig verfehlt zu meinen, die Doktrin der Abschreckung

**SL5**

Für die Ausbildung zum LINIENPILOTEN an der Schweiz. Luftverkehrsschule SL5 sucht die SWISSAIR junge Leute im Alter von 20-25 Jahren mit ausgeprägten technischen Interessen.

Wenn Sie einen Mittelschulabschluss oder eine überdurchschnittliche berufliche Ausbildung haben, nehmen wir Ihre Bewerbung zur weiteren Überprüfung mit Interesse entgegen. Schweizer Bürgerrecht, gute Englischkenntnisse und einwandfreie Gesundheit werden vorausgesetzt.

Ich erfülle die Anmeldebedingungen. Senden Sie mir Unterlagen.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

Ort/Plz \_\_\_\_\_

Schweizerische Luftverkehrsschule SWISSAIR AG/OFSP  
8058 Zürich-Flughafen, Tel. 01 83 56 11, intern 6140



(Fortsetzung von Seite 7)

von Normalfall und Sonderfall zu erkennen. Die Umkehrung besteht hier darin, dass heute nicht mehr gefragt wird, was an sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand möglich wäre, sondern nur noch zur Kenntnis genommen wird, was für soziale Gerechtigkeit und Wohlstand noch übrigbleibt, nachdem dem Irrationalismus totaler Abschreckung Genüge getan worden ist. Die offizielle Abschreckungsdeologie, wie sie zuletzt auch im Bericht der Arbeitsgruppe Schmid immer noch zum Ausdruck kommt, spricht jeder kritischen Rationalität, der sich der Mandant verpflichtet hat, Hohn. Die mit jener Ideologie verbundenen Auswirkungen auf die zivile Gesellschaft - die keine zivile mehr ist, sondern eine paramilitärische - konditionieren die Öffentlichkeit auf Verhaltensweisen, die mit Aufklärung nichts mehr zu tun haben.

### Rüstung und Todesökonomie

Die ökonomischen Auswirkungen des Rüstungsbooms sind unmenschlich: Nicht nur lebt ein Teil der Menschheit im Ueberfluss, obendrein leistet sich dieser Teil noch den Luxus, Waren zu produzieren, die niemand braucht, Waren zu produzieren, für deren Gebrauch die Bedürfnisse erst erzeugt werden müssen durch die Werbung, und nicht zuletzt: Waren zu produzieren, die zu nichts dienen als zur Vernichtung der Menschen. Für diesen Zustand ist der Name Irrationalismus schon fast zu höflich - hier muss man von offener Zynismus der Besitzenden reden. Was für die sogenannten Supermächte bereits Tatsache ist, zeichnet sich in Eu-

am intensivsten aufeinander: im institutionalisierten Wissenschaftsbetrieb nämlich. Zu erinnern ist hier an das, was am Anfang des Plädoyers bereits entwickelt wurde, die Tatsache, dass die Wissenschaften, vor allem die Naturwissenschaften, den formalen Vernunftbegriff sich zu eigen machten. Der Kult, der mit der formallogischen Widerspruchsfreiheit getrieben wurde, führte zwar wissenschaftsimmanent allenthalben zu erstaunlichen Ergebnissen, aber dafür ging eine andere Dimension völlig verloren - jene Dimension, von der aus Wissenschaft nicht als Selbstzweck begriffen wird. Vielmehr erlaubt jene Perspektive erst die Reflexion darauf, dass Wissenschaft im gesellschaftlichen Kontext steht. Daraus ergeben sich für die Wissenschaft ohne Zweifel Verpflichtungen, die aus einem nur formalen Wissenschafts- und Vernunftsbegriff nicht abzuleiten sind.

Die strikte Trennung in Wissenschaft hier und Gesellschaft dort ist bereits bei Kant angelegt. Im systematischen Sinn entspricht diese Trennung genau jener von Denken und Handeln auf individueller Ebene. Der wissenschaftlich tätige Mensch wird genauso gespalten wie die Wissenschaft selbst. Eine Vermittlung könnte nur jene Wissenschaft bzw. jener Wissenschaftler leisten, der sich und sein Tun nicht als isoliert vom gesellschaftlichen Ganzen ansiedeln würde. Das wissenschaftliche Selbstverständnis, das diese Spaltungen immanent sind, ist das positivistische. Positivistische Wissenschaft heisst - auf eine kurze Formel gebracht - Hinnehmen der Fakten und Organisation dieser Fakten nach formallogischen Prinzipien. Nicht reflektiert wird von dieser Wissenschaftsauffassung, ob diese Or-

Legitimation und wird uneingeschränkt zur Dienerin des Bestehenden, zur Organisatorin des Status quo. Wissenschaft, einst Organon der Emanzipation, installiert sich als Herrschaftsinstrument.

Wohin instrumentelle Vernunft führt, sei an zwei kleinen Beispielen gezeigt. Positivistisches Wissenschaftsverständnis ermöglichte in den letzten Jahren die Herausbildung von zwei sich wissenschaftlich nennenden Disziplinen, die nur der möglichst einwandfreien Vernichtung des Menschen dienen. In diesen Disziplinen - es handelt sich um die sogenannte »strategische Analytik« und die »Waffentechnologie« - ist die formale Vernunft zu sich selbst gekommen; das heisst die Blindheit gegenüber Ziel und Zweck wissenschaftlicher Arbeit ermöglichte die Konstituierung von Disziplinen, die sich mit der reibungslosen Abschaffung der Menschheit, nota bene: auch der strategischen Analytiker und Waffentechnologen selbst, beschäftigen. So formalisierte und instrumentalisierte Wissenschaft ist insofern noch konsequent, als die Nichtreflexion der Ziele auch die Vernichtung der mit ihr sich befassenden Wissenschaftler impliziert. Der Brechtsche Satz von den Wissenschaftlern als den würdigsten Knechten, die sich für alles und jedes einsetzen liessen, bewahrt sich und jede auf absurde Art und Weise: die würdigen Knechte bereiten nämlich den effizienten, formallogisch einwandfrei abgesicherten eigenen Tod vor.

### Befangener Wissenschaftler und »idealer« Soldat

An seinem Arbeitsplatz ist der Mandant täglich gezwungen, sich mit der mehr oder weniger am Positivismus sich richtenden Wissenschaftskonzeption auseinanderzusetzen. Dabei ist aber nicht nur die gesamtgesellschaftliche Dimension, wie sie oben aufgezeigt wurde, zu betrachten, sondern auch die individuelle. Auf der individuellen Ebene, das heisst im Selbstverständnis des Wissenschaftlers, zeigen sich grosse Unterschiede zwischen kritischem und positivischem Wissenschaftler. Der positivistische Wissenschaftler ist ungefähr in derselben Lage wie der Offizier, den Kant beschrieben hat. Das objektivistische Selbstverständnis hindert ihn an der Reflexion auf die gesellschaftliche Bedeutung seiner Arbeit. Aber dazu kommt ein weiteres Moment:

Dieses objektivistische Selbstverständnis hindert ihn ebensosehr daran, sich selbst als Subjekt in seiner Arbeit zu erkennen. Er schaltet - wie es im Jargon heisst: im Dienste der Sachlichkeit und Objektivität - sein Selbst aus. Diese Unterdrückung des Subjekts im positivistischen Wissenschaftsbetrieb konvergiert mit der formalisierten Erkenntnisethode, die immer auch abstrahiert von je Besonderen und Individuellen zugunsten eines übergreifenden Systematisches-Allgemeinen. Die Analogie zwischen dem entpersönlich-



ten, quasi objektiven Tun des im Positivismus befangenen Wissenschaftlers mit dem »idealen« Soldaten, der sich und sein Selbst auch vergessen muss, sobald er in die Uniform schlüpft, ist unverkennbar. Der uniformierte Soldat und der vom formal-technischen Können beherrschte Wissenschaftler sind exemplarische Modelle unterdrückter Individualität, fungierende Idioten des Systems.

### Restringierte Erfahrung

Die Analogie zwischen uniformiertem Soldat und positivistemem Wissenschaftler ist noch an einem andern Phänomen aufzuzeigen. Am Begriff der Erfahrung nämlich. Die normierten und ritualisierten Beziehungsformen in militärischen Verbänden verhindern, dass der einzelne sich und seine Umwelt noch zu erfahren vermag. Erfahrung ist hier reduziert auf reaktive Reproduzieren des immer schon Erwarteten. Es dürfte bekannt sein, dass sich dies nicht nur auf den eigentlichen Dienst bezieht, sondern ebenso auf das, was im Militär »Ausgang« heisst. Wer je Soldaten zugeschaut hat, wenn sie im Ausgang waren, wird bestätigen, dass sie hier zum allergrössten Teil die normierten Verhaltensweisen reproduzieren, die man das spezifisch Soldatische nennen kann. Müller, Meier und Schmid unterscheiden sich hier nur noch äusserlich, in ihrem Aussehen, nicht mehr in der Art ihres individuellen Erfahrens und Verhaltens. Für die positivistische Wissenschaft gilt ein Erfahrungsbegriff, der dem sehr nahe kommt. Adorno beschreibt diesen Begriff, ich zitiere:

»Im Positivismus dokumentiert sich eine geschichtliche Verfälschung des Geistes, die Erfahrung nicht mehr kennt und darum sowohl deren Rudiment aussortiert wie sich als ihren Ersatz, als allein legitime Form von Erfahrung anbietet. Die Immanenz des virtuell sich abdichtenden Systems toleriert weder

ein qualitativ Anderes, das sich erfahren liesse, noch befähigt sie die ihr angepassten Subjekte zur unreglementierten Erfahrung. (...) Die reglementierte Erfahrung, welche der Positivismus verordnet, annulliert Erfahrung selbst, schaltet der Absicht nach das erfahrende Subjekt aus. Korrelat der Gleichgültigkeit dem Objekt gegenüber ist die Beseitigung des Subjekts, ohne dessen spontane Rezeptivität doch nichts Objektives sich gibt. Als soziales Phänomen ist der Positivismus auf den Typus des erfahrungs- und kontinuierlosen Menschen geeicht...«

### Protest der Vernunft

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Die Haltung des Mandanten ist nur verständlich als Protest, als Protest eines ohnmächtigen Intellektuellen gegen eine Gesellschaft, an deren Ausgangspunkt die radikale Hinwendung zu Vernunft, vernünftigem Denken und Handeln steht, die aber in ihrer Geschichte diesen ihren eigenen Ausgangspunkt permanent desavouiert in ihrer wirtschaftlichen und politischen Praxis. Vor Ihnen steht einer, der die Forderungen, unter denen das Bürgertum vor 200 Jahren antrat, äusserst ernst nimmt; einer, der den Gründen, warum diese Forderungen nicht erfüllt werden konnten, in intensiver Reflexion nachgegangen ist. Das Bürgertum in seiner aktuellen Erscheinungsweise wird die Aufklärung nicht mehr realisieren, aber mit der Verurteilung des Mandanten verlassen Sie, meine Herren, Ihre eigene historische Basis. Sie dementieren selbst die partielle Hinwendung Ihrer Verfahren zu Vernunft, Recht und Gerechtigkeit.

Es ist schlimm für eine Klasse, wenn sie, um weiterleben zu können, ihre geistigen Väter meuchlings umbringen muss.

Rudolf Walther

»Die Stunde ist gekommen, eine breitangelegte... Volksbewegung ins Leben zu rufen, die so durchschlagskräftig ist, dass es ihr gelingt, die öffentliche Meinung für einen radikalen Wechsel der Politik zu gewinnen. Das Ziel ist es, die Öffnung zur Welt hin vorzunehmen, um eine erweiterte, über den engen Nationalismus hinauswachsende Konzeption der Verteidigung zu entwickeln. Viel zu viele... vergessen, dass es unmöglich ist, die Bedingungen für eine Welt ohne Krieg ohne politische Aktivität zu schaffen. Anstatt ständig unter dem Alldruck eines möglichen totalen Krieges zu leben, müssen wir für den totalen Frieden kämpfen, der eines Tages auf der zerbrechlichen Erde... herrschen wird...« (Arthur Villard)

ropa, und in der Schweiz, erst ab. Bald werden wir soweit sein. Richard J. Barnett beschreibt diese Tatsache in einem lapidaren Satz: »In den USA verkümmert die Oekonomie des Lebens zugunsten der Oekonomie des Todes.« Richard J. Barnett ist nicht irgendein Jemand, sondern ein kompetenter Wissenschaftler, ehemals Mitarbeiter im amerikanischen Ausserministerium und in der Abrüstungsbehörde. Man könnte hier einwenden, die Tatsache, dass in den USA die Oekonomie des Lebens zu einer des Todes geworden ist, betreffe die Schweiz nicht. Ein solcher Schluss geht völlig an der ökonomischen Realität vorbei. Er ignoriert die wirtschaftliche und damit auch die politische Verflechtung zwischen den USA und der Schweiz. Die isolierte nationalstaatliche Betrachtung gesellschaftlicher Probleme von dieser Tragweite ist ebenso unmöglich wie die Analyse rein nationaler wirtschaftlicher Systeme. Die Zeiten solcher Betrachtungsweise sind endgültig vorbei, und die Realität straft jeden trotzdem gewagten Versuch Lügen.

Die Oekonomie des Lebens, das heisst die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben im Dienste der Humanisierung der sozialen Verhältnisse, ist aber - und das kommt zum eben Gesagten hinzu - in der Schweiz nicht etwa völlig intakt. Grosse soziale Aufgaben - Wohnungsbau und Umweltschutz, um nur zwei zu nennen - werden nicht gelöst, ganz zu schweigen vom Bildungsnotstand. Gerade auf dem Bildungssektor wäre viel nachzuholen. Heute spricht man in der Schweiz vom Numerus clausus, der an den Universitäten eingeführt werden muss, während für militärische Zwecke blind Gelder ausgegeben werden. Der Präsident des Schweizerischen Wissenschaftsrats beteiligt sich in einer Arbeitsgruppe für militärische Strategiefragen während die nationale Wissenschaftspolitik in geradezu sträflicher Weise vernachlässigt wird.

### Auf der Ebene des Berufes: Trennung von Denken und Handeln

Die zweite Konfrontationsebene, auf der Denken und Handeln im Rahmen kritischer Rationalität sich zu bewähren haben, ist die berufliche. Am Arbeitsplatz des Mandanten treffen formale und kritische Vernunft vielleicht am offensichtlichsten wenn auch nicht

ganisationsprinzipien der zu erkennen- den Realität auch angemessen sind oder nicht; nicht reflektiert wird, inwiefern formallogische Organisation auf der Basis der Widerspruchlosigkeit überhaupt ein taugliches Mittel ist, Objekte zu erkennen, die in einer von Widersprüchen strotzenden Realität stehen. Letzteres gilt in besonderem Masse für die Sozialwissenschaften. Erkenntnis - »Objekt« der Sozialwissenschaft ist der Mensch, die ganze Gesellschaft im weitesten Sinne. Dieses »Objekt« - im Grunde also ein lebendiges Subjekt - ist widersprüchlich organisiert, zerrissen in Herrschende und Beherrschende, Arbeitende und Kapitalbesitzende etc. Dieser widersprüchlichen Zerrissenheit ungeachtet geht positivistische Sozialwissenschaft an dieses »Objekt« heran, auferlegt ihm den Raster ihres formallogischen Begriffsapparats und glaubt, die Gesellschaft wissenschaftlich erkannt zu haben. In Wirklichkeit hat diese Wissenschaft die Gesellschaft nicht erkannt, sondern die dieser immanenten Widersprüche durch das widerspruchslose und formale Raster system harmonisiert. Positivistische Wissenschaft verfährt mithin insofern totalitär, als sie das »Objekt« nicht in seiner Dignität und Zerrissenheit zu erkennen versucht, sondern dieses nach dem Strukturmuster formaler Logik zurüstet und deformiert. Obendrein ist diese Wissenschaft ideologisch und herrschaftsstabilisierend, weil sie den andauernden Antagonismus zwischen Herrschenden und Beherrschten einfach ignoriert.

### Indifferenz gegenüber den Zwecken

Positivistische Wissenschaft - wie jede instrumentelle Vernunft - ist indifferent gegenüber ihren Zwecken und Zielen. Sie hat den noch in der Aufklärung vorhandenen Anspruch, Wissenschaft die der Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, abgestreift und trachtet nur noch danach, ihr begriffliches und operationelles Instrumentarium zu verfeinern. Einsteigend in den allgemein zu beobachtenden Trend, gesamtgesellschaftlich erstrebenswerte Ziele aus der politischen Diskussion auszuschliessen - zum Beispiel soziale Gerechtigkeit oder Frieden -, arbeitet auch die dieser Gesellschaft völlig verhaftete Wissenschaft nur noch an der Optimierung ihrer Mittel. Damit vergibt sich die Wissenschaft den Rest ihrer gesellschaftskritischen

I

# Wieder entdecken, dass Tabak schmeckt.

Entdecken, dass der Tabak in diesen Cigaretten so schmeckt, wie er gewachsen ist: rein und unverfälscht. Und dann dabei bleiben. 25 Cig. Fr. 1.35

ole!

# Priméros

# Projektorientiertes Studium

## 2. Teil/Schluss

Unter projektorientiertem Studium wird ein Studium verstanden, das die einzelnen Fächer der Ausbildung an einem Projekt integriert. Dadurch wird die dominierende Stellung der separierten Fächer im Lernprozess abgebaut. Projektarbeiten behandeln komplexe Problemfälle aus der Praxis, d. h. sie müssen sich an objektiven und relevanten Problemen der Gesellschaft und einer speziellen Berufspraxis orientieren.

Praxisbezug kann hier aber nicht Festhalten an gesellschaftlichen Status quo und Rücksichtnahme auf die Bedingungen der etablierten Berufspraxis heissen. Vielmehr heisst das Beitrag zu einer positiven Entwicklung der Gesamtgesellschaft einerseits und Entwicklung von neuen Berufsbildern durch projektorientierte Arbeit andererseits. Somit wird der Beruf selbst Gegenstand der Ausbildung.

Die Bezeichnung »Projektorientiertes Studium« erscheint gegenüber »Projektstudium« klarer. Sie macht deutlich, dass die Orientierung an einem gesellschaftlichen Problem, das als Projekt gewählt wird, dieses Studium von traditionellen, durch die begrenzten Fächerinhalte bestimmten Studium unterscheidet.

Allen Konzepten für projektorientiertes Studium gemeinsam ist der Anspruch, eine Alternative zur traditionellen Ausbildung und damit zur universitären Isolation, zu strengen Fächergrenzen, zu enger Fachsystematik und zu rezeptiver Vermittlungsform anzubieten. Die Orientierung an Projekten soll Praxisbezug, Interdisziplinarität und eine aktive, flexible Lernhaltung hervorbringen. Projektstudium in diesem Sinn mehr als ein Beitrag zur überfälligen organisatorischen Hochschulreform, es ist die Möglichkeit, Studium und Wissenschaft neu zu verstehen.

Ein individueller Studienablauf ist gekennzeichnet durch eine Folge von Projekten, deren Inhalt wesentlich unter den Gesichtspunkten einer angestrebten Berufspraxis mitbestimmt ist und die entsprechend dem Arbeits- und Lernfortschritt mit der Vermittlung des im Rahmen der Projektbearbeitung notwendigen Wissens gekoppelt wird. Nicht die Ansammlung eines vorbestimmten, fachsystematisch strukturierbaren Wissens und seine vielleicht einmalige Anwendung auf ein begrenztes wissenschaftliches Ziel wird gefordert, sondern Problembewusstsein und daraus resultierende grundlegende Verhaltensweisen.

Ein Projekt wird von Lehrenden und Lernenden gemeinsam ausgewählt. Die Bearbeitung erfolgt hauptsächlich in

Gruppen. (Gruppenarbeit ist zunächst die Folge von interdisziplinärer Kooperation. Dadurch soll die Vereinzelung der Individuen im Arbeitsprozess aufgehoben werden. Darüber hinaus soll Gruppenarbeit diejenigen Aspekte eines Arbeits- und Lernprozesses fördern, die auch der bewusstseinsmässigen Qualifizierung des Individuums dienen.) Dauer und Methode eines Projekts sind in erster Linie von den Fähigkeiten und Interessen der Problemlöser abhängig. Lehrende sind Mitsprechende, die ihre Fachautorität zur Problemstrukturierung und Einführung von Fachkenntnissen und Methoden, nicht aber zur Vorentscheidung der Lösung oder des Lösungsweges einsetzen. Art, Zeitpunkt und Dauer der Vermittlung sowie Spezialisierungsgrad von Fachwissen sind abhängig von den Bedürfnissen der Projektarbeiter und vom Bearbeitungsstand des Projekts. Fachwissen wird also nicht durch starrere Fächer- oder Prüfungspläne verordnet. Prüfungen finden als Selbstkontrollen der Projektarbeiter statt. Der Studienabschluss wird primär vom Berufsbild bestimmt und ist jederzeit nach einer nicht genau zu bestimmenden Anzahl von Projekten möglich.

Unterschiedliche Analysen des gesamten Bildungsbereichs sowie unterschiedliche Prognosen über die Entwicklung der Berufspraxisfelder einerseits, divergierende politische Ansätze bei der Kritik der Ausbildungssituation andererseits bedingen unterschiedliche Konzepte für das projektorientierte Studium. Neben Konzepten, die sich überwiegend nur mit didaktischen Formen begnügen, stehen Konzepte, die einen politischen Anspruch verwirklichen wollen. Es lassen sich drei – sich teilweise überschneidende – Konzepte unterscheiden.

● a. Das projektorientierte Studium als Versuch der Ueberwindung des Widerstands zwischen der bestehenden Ausbildung einerseits und der Berufspraxis andererseits.

Ausgegangen wird von einer Kritik der Ausbildung aufgrund einer Analyse der Berufspraxis. Das Projektstudium wird bestimmt durch die Funktion, welche die Ausbildung für den Produktionsbereich hat.

Kennzeichnend für die Grundtendenzen dieser Art von Projektstudium ist eine starke Betonung der individuellen Berufsorientierung, die Berücksichtigung der Lernmotivation, die Integration der Fächer sowie die Absicht, Inhalt und wirtschaftliche Funktion der angestrebten Berufe während des Studiums zu hinterfragen.

● b. Das projektorientierte Studium als Versuch der Veränderung bestehender Herrschaftsverhältnisse und als Mittel zur Emanzipation des Individuums.

Die Reflexion der jeweils herrschenden Ideologie soll den traditionellen An-

spruch der Wertfreiheit wissenschaftlicher Arbeit in Frage stellen und zugleich ihre zunehmende Funktionalisierung aufzeigen. Die kritische Haltung der wissenschaftlich Arbeitenden gegenüber der Fremdbestimmung durch einzelne Gruppen soll gefördert werden. Dies kann erreicht werden durch die Orientierung der wissenschaftlichen Arbeit an objektiven gesellschaftlichen Problemen und die fächerübergreifende Behandlung dieser Probleme zur Analyse von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen. Die Gruppenarbeit zur Bewältigung derart komplexer Probleme soll gemeinsames Lernen und Handeln als neue Verhaltensformen vermitteln.

● c. Projektorientiertes Studium als Mittel politischer Praxis. Theoretische Systemkritik wird durch praktische Auseinandersetzung und teilweise ausserhalb der Universität erarbeitete Erfahrung überwunden. Die blosses Negation bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse wird abgelöst durch eine eigene Perspektive, das heisst ein Ziel und eine Strategie zu ihrer Ueberwindung. Projekte, in denen aus der Praxis gewonnene Theorien entwickelt und überprüft werden, sind ein Beitrag, Solidarisierung durch Handeln zu fördern, und ein Auftrag zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse.

### Organisation

Einiges zur Organisation wurde angedeutet, vieles lässt sich nicht zum Voraus festlegen, da jedes angegangene Projekt andere Anforderungen stellt und andere Probleme aufwirft. Die wichtigsten Gedanken seien hier noch einmal aufgeführt:

- Gruppenarbeit ist die zentrale Arbeitsform im projektorientierten Studium. Da aber die meisten Professoren und Studenten in dieser Methode völlig unübt sind, dürfte es am Anfang grosse Schwierigkeiten im Ablauf der Arbeit und in der Gruppendynamik geben.
- Eine offene Konzeption soll den Forschenden die Möglichkeit bieten, autonomes Verhalten und Kreativität zu schulen, und nicht zum Beispiel durch das Konzept eines vorbestimmten Fächercurriculums zu einem verschulanten Ausbildungsgang zwingen.
- Flexible Strukturen auf Hochschul- und Fachbereichsebene sind Voraussetzung für projektorientiertes Studium. Die Form einer Gesamthochschule im Baukastensystem würde diese bieten und damit selbst inhaltlich gefüllt werden.

Dieser letzten Frage, der Frage der Gesamthochschule, werden wir uns weiter annehmen und versuchen, Möglichkeiten und Unmöglichkeiten eines solchen Modells auf den Begriff zu bringen sowie den Stellenwert, den ein solches Postulat auf dem Hintergrund grundsätzlicher Ueberlegungen haben kann, zu bestimmen.

Arbeitsgruppe der HRK

## Bern

Die Studentenschaft der Universität Bern setzt sich gegenwärtig ziemlich intensiv mit der Frage der Vertraulichkeitsregelung in gemischten Kommissionen und ganz allgemein mit dem Grundsatz der Nichtöffentlichkeit von Verwaltungsangelegenheiten auseinander. Dieser Grundsatz, wie er in der bernischen und schweizerischen Lehre und Praxis gepflegt wird, hat sich als unvereinbar mit dem studentischen Mitspracherecht in seiner heutigen Form erwiesen: Mitsprache dient vor allem der Beschaffung und Weitergabe von Informationen. Die paar wenigen Studentenvertreter in gemischten Kommissionen haben demnach in erster Linie die Aufgabe, Informationsvermittlung zwischen Kommissionen und studentischer Basis zu sein. Ihre Informationen aus den Kommissionen können mithelfen, Kommissionen über die politische Realität im Hochschulbereich aufzuklären und so eine breitere Masse von politisch sensibilisierten Studenten zu schaffen, die ihre Interessen wahrnehmen und durchzusetzen können. Politik ist ja bekanntlich immer Machtpolitik – das haben die Erfahrungen mit dem Mitspracherecht

deutlich gezeigt. Auch noch so gute Argumente stossen genau dort auf taube Ohren, wo sie bestehende Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse angreifen.

Es ist klar, dass studentische Mitsprache dann völlig sinnlos wird, wenn die Studentenvertreter durch restriktive Geheimhaltungsrichtlinien daran gehindert werden, ihre Aufgabe der Informationsvermittlung wahrzunehmen. Die Forderung nach Öffentlichkeit und Transparenz ist daher eine Grundvoraussetzung jeder Politik, die eine bewusste Teilnahme aller gesellschaftlichen Individuen an der Gestaltung der Gesellschaft anstrebt, also: einer sozialistischen Politik. Andererseits steht aber diese Öffentlichkeitsforderung im Widerspruch zu dem oben erwähnten verfassungsrechtlichen Grundsatz, und dieser Konflikt hat in Bern u.a. am 6. Juni zum Rückzug der beiden Studentenvertreter aus dem Senatsausschuss der Universität geführt. Nach einer Auseinandersetzung um die Vertraulichkeit von Senatsausschussgeschäften im Zusammenhang mit einer Stipendienneuregelung (50%ige Kürzung für zweiten Bildungsweg) erschien es uns unter den geltenden rechtlichen Voraussetzungen als nicht mehr sinnvoll, weiter in diesem Gremium als blosses Alibi der Mächtigen mitzuarbeiten. Inwiefern auch in anderen gemischten Gremien die gleichen Konsequenzen gezogen werden müssen, bleibt abzuklären.

Für die nähere Zukunft muss der Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips vor allem in zwei aktuellen Fragenkomplexen der Berner Hochschulpolitik ganz besondere Aufmerksamkeit

geschenkt werden: bei der Ausarbeitung des neuen Universitätsgesetzes – die Basler Erfahrungen bekräftigen die Wichtigkeit des Anliegens! – und in der Universitätsplanung. Beim Uni-Gesetz ist vor allem die allseitige Transparenz des in nächster Zeit einzusetzenden Vernehmlassungsverfahrens zu fordern, in der Universitätsplanung sind in jeder Phase umfassende Kontrollmöglichkeiten der Öffentlichkeit zu verlangen. Nur so kann verhindert werden, dass öffentliche politische Entscheide in stillen Kommissionen »vorweggeplant« werden und später als »Sachzwänge« noch »demokratisch« sanktioniert werden müssen.

Auf lange Sicht hingegen müssen Mittel und Wege zur vollen verfassungsrechtlichen Realisierung des Öffentlichkeitsprinzips gefunden werden.

Der Vorstand der Studentenschaft Bern

**Mitarbeiter mit Hochschulstudium gesucht?**

**Schreiben Sie offene Stellen im akademischen Stellenanzeiger des zs/impuls, der deutsch-schweizerischen Studentenzeitung mit der grössten Auflage und dem grössten Umfang, aus.**

## Statt innovativer Reformen . . .

(Fortsetzung von Seite 5)

demokratischen Hochschul- bzw. Wissenschaftspolitik. Die »neue« Lösung gewährleistet eine einfachere und effizientere Organisation eines Teils des universitären Déjà-vu unter Ausklammerung praktisch aller innovativen Momente. Dass es sich beim AB II um eine Verlegenheitslösung handelt, geht unter anderem auch daraus hervor, dass ein prominentes Mitglied des Wissenschaftsrates ohne Umschweife zugeb, man sei eben in diesem Gremium von der Arbeitsgruppe Hadorn über-rumpelt worden.

2. Der privatwirtschaftliche Zugriff auf die Forschung steht im Vordergrund der aktuellen wissenschaftspolitischen Auseinandersetzung. Obendrein sollen, nach den Worten von Prof. Schmid, die Naturwissenschaften nicht einfach dem Zufall überlassen werden. Eine strukturelle und inhaltliche Reform kann mit der vorgeschlagenen Therapie weder für den Bundesteil der Hochschulen (Naturwissenschaften und Vorklinik) noch für die den Kantonen verbleibenden Teile durchgeführt werden. Sicher ist es nicht zufällig, dass die fortschrittlichste privatwirtschaftliche Gruppierung in der SHK – die »Gesellschaft für Hochschule und Forschung« – sich ganz entschieden gegen die in ihren Augen »reaktionäre« Lösung ausgesprochen hat.
3. Einige Hauptprobleme des Ausbaus der Hochschulen werden vom AB II des WR gar nicht berücksichtigt:
  - Die politische Problematik, das heisst die Demokratisierung der Hochschulen.

Es genügt sicher nicht mehr, wenn man sich einfach gegen den Numerus clausus ausspricht, um so mehr als es nachgerade ein Gemeinplatz geworden ist, dass die Primärselektion nicht durch den Numerus clausus an den Hochschulen, sondern durch verschiedene sozial diskriminierende Mechanismen im ganzen Bildungswesen vor sich geht.

- Damit im Zusammenhang stehend: die notwendige politische Entscheidung über die Stelle, die das Bildungswesen im allgemeinen und das Hochschulwesen im besonderen in der Prioritätsliste der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben einnehmen soll. Mit Ausnahme von eins drei Pressekonferenzen pro Jahr arbeitet der WF praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit, das heisst der sogenannte »Souveräne« ist nur ganz unzulässig informiert über eine wichtige gesellschaftliche Frage.
- Inhaltliche Fragen der Hochschulstruktur und der Studienreform werden ausgeklammert.
- 4. Die SHK als Organ der Kantone ist ausserstande, auch nur zu ahnen, von welcher grundsätzlicher gesellschaftspolitischen und bildungspolitischen Relevanz die Probleme sind, die auf sie zukommen. Die Art und Weise, wie in diesem Gremium gearbeitet wird, darf ohne Uebertriebung als zynisch bezeichnet werden: angesichts eines schon brennenden Hauses begnügt sich die SHK damit, den Durst mit einem Glas Wein zu löschen . . .

Rudolf Walther

- Auch Zürich hat nun seinen Universitätsgesetzesentwurf. Interessenten finden im zs 50/4 (ist auf der Redaktion zu beziehen)

- den Universitätsgesetzesentwurf

- Stellungnahme des KSr

- erste Meinungsäusserungen der Fraktionen

- das »Gegenmodell« der Zürcher SP

## Kakao zum Beispiel...

Dank der direkten kolonialistischen Ausbeutung der südlichen Hemisphäre konnten die heutigen Industrienationen im Laufe des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts auf Kosten der Dritten Welt ihren riesigen Entwicklungsvorsprung aufbauen. Heute sorgt die internationale Arbeitsteilung dafür, dass dieser Vorsprung nicht kleiner, sondern im Gegenteil immer noch grösser wird. Im Rahmen des Weltwirtschaftssystems haben die Industrieländer den sekundären und tertiären Sektor für sich beansprucht und den Entwicklungsländern den Primärsektor zugewiesen. Die Dritte Welt nimmt am Welt-handel vor allem mit Exporten von Rohstoffen (Nahrungsmittel und Mineralien) teil sowie mit Importen von Fertigfabrikaten.

- 85% aller Exporterlöse der Entwicklungsländer stammen aus Rohstoffen.
- Die Hälfte aller Entwicklungsländer erzielt mehr als 50% der nationalen Exporterlöse aus einem einzigen Rohstoff.
- 40% des Gesamtexports der EL entfallen auf landwirtschaftliche Rohstoffe.
- Diese einseitige Abhängigkeit der EL von den Rohstoffen, und meist nur von einigen wenigen, ist die Folge von Monokulturen, wie sie während der Kolonialzeit errichtet wurden. So beträgt der Anteil des Rohstoffs am Gesamtexport (durchschnittlich 1965-70):

Burundi	85%	Kaffee
Kuba	85%	Zucker (1967)
Tschad	83%	Baumwolle (1967)
Vietnam	81%	Kautschuk (1967)
Niger	76%	Oelsaaten (1967)
Senegal	76%	Erdnüsse
Ghana	73%	Kakao
Burma	69%	Reis
Kolumbien	64%	Kaffee
Ceylon	60%	Tee
Aethiopien	60%	Kaffee
Ecuador	53%	Bananen (1967)
Guatemala	50%	Kaffee

(Quellen: Matzke, S. 13, Strahm 1972, S. 66, UNCTAD-Information 7, Düsseldorf 1972.)

Jahr zu Jahr beträchtlich, was je wirtschaftliche und soziale Planung erschwert. Deshalb bemühen sich die Erzeugerländer seit Jahren um Rohstoffabkommen, die die grossen Preisschwankungen verhindern sollen. Bis jetzt sind nur fünf internationale Rohstoffabkommen abgeschlossen worden: für Kaffee, Zucker, Weizen, Zinn und Olivenöl. Auch für Kakao soll in diesem Jahr (im September) ein Abkommen abgeschlossen werden. Die Verhandlungen sind im Januar und März dieses Jahres in Genf wiederaufgenommen worden. Am Beispiel des Kakos hat die Kommission für Entwicklungsländer (KfE) deshalb versucht, die wesentlichen Aspekte der gesamten Welthandelsituation und insbesondere die Stellung der Entwicklungsländer aufzuzeigen.

- Charakteristika des Welthandels mit Kakao
  - Preisbildung
  - Abhängigkeit Ghanas von den Er-lösen aus dem Kakaoexport.
  - Zollpolitik der Industrieländer
  - Die Rolle der Schweiz
  - Vorschläge für ein Kakaoabkommen.
- In der nächsten Nummer des ZS zu Beginn des Wintersemesters soll ausführlich auf den Inhalt der Dokumentation eingegangen werden.

Mario Käelin  
Kommission für Entwicklungsländer,  
Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Matzke, O.: Plündern die Reichen die Armen aus? Landwirtschaftsverlag, 4403 Hiltrop 1971 (Separatdruck der NZZ).  
Strahm, Rudolf H.: Industrieländer – Entwicklungsländer. Ein Werkbuch. Laetare/Imba. Freiburg i. Ue. 1972.  
KAKAO – Dokumentation, Kommission für Entwicklungsländer beider Hochschulen Zürichs. Zürich 1972.

**sofort Arbeit Geld**  
Zürich, Rennweg 57, 32 06 96  
**MANPOWER**

# Auch wenn Sie schon alles wissen sollten: Mit dem Tages-Anzeiger können Sie es sich noch einmal überlegen.



Viele Leser des Tages-Anzeigers haben manches von dem, was im Tages-Anzeiger steht, schon anderswo irgendwie vernommen. Dass sie den Tages-Anzeiger trotzdem lesen, liegt daran, dass es ihnen nicht genügt, vielerlei Neues erfahren zu haben. Sie möchten über vielerlei Neues noch viel Genaueres erfahren.

Deshalb wiederholt der Tages-Anzeiger nicht einfach Nachrichten. Er analysiert sie, stellt sie in Zusammenhänge und kommentiert sie. Er ordnet sie nach ihrem Gewicht und wertet sie nach ihrer Bedeutung.

So, dass seine Leser die Möglichkeit haben, sich zum Gelesenen den eigenen Gedanken und den eigenen Vers zu machen. Nichts macht ja mehr Spass am Lesen als die Freude am gründlichen Verstehen. Am Begreifen von Dingen, die nicht gleich auf der Hand liegen.

An der besseren Kenntnis von Ereignissen und Personen. Mit anderen Worten: Der Tages-Anzeiger ist so gemacht, dass jeder Leser etwas mehr herauslesen kann, als eigentlich drin steht: nämlich sein persönliches Urteil.

So kommt es, dass es eigentlich ein Vorteil des Tages-Anzeigers ist, Ereignisse nicht unmittelbar, sondern meistens aus der Distanz eines Tages zu schildern. Das gibt den Abstand, den es braucht, um nicht nur Tatsachen, sondern auch deren Ursachen zu sehen.

Damit Sie sich das einmal anschauen können, können Sie mit dem Coupon den Tages-Anzeiger und das Tages-Anzeiger-Magazin zu sich nach Hause bestellen. Drei Wochen lang. Gratis.

Das sollten Sie sich nicht noch einmal überlegen.

**Freut Euch des Lesens.**

Ich möchte Ihr Sonderangebot benutzen. Bitte schicken Sie mir den Tages-Anzeiger und sein Magazin drei Wochen lang gratis ins Haus.

Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.) Die Abonnementspreise sind:

<input type="checkbox"/> Fr. 4.- statt Fr. 5.70 für 1 Monat	<input type="checkbox"/> Fr. 22.80 statt Fr. 32.60 für 6 Monate
<input type="checkbox"/> Fr. 11.55 statt Fr. 16.50 für 3 Monate	<input type="checkbox"/> Fr. 45.20 statt Fr. 64.80 für 12 Monate

Name: \_\_\_\_\_

Fakultät: \_\_\_\_\_ Semester: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

**Tages-Anzeiger** 7099

Einsenden an:  
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich.

